

Wertevoll: Niedersachsens Zukunft in einem modernen Europa

Wahlauf
der CDU in Niedersachsen
zur Europawahl am 26. Mai 2019

Wahlaufruf

Wir sind Europa! Am 26. Mai 2019 wählen die Niedersachsen ein neues Europäisches Parlament. Diese Europawahl wird keine Wahl wie jede andere sein. Europa steht Kräften gegenüber, die kein starkes und geeintes Europa wollen: Radikalen, Demagogen und Nationalisten. Wir werden unser Europa diesen Kräften nicht überlassen.

Für uns als CDU in Niedersachsen ist das vereinte Europa mehr als ein gemeinsamer Binnenmarkt, mehr als eine gemeinsame Währung und viel mehr als nur eine Rechtsgemeinschaft. Das vereinte Europa bedeutet für uns eben auch eine Wertegemeinschaft, die für Frieden, Freiheit und Sicherheit steht und sich zu ihren christlich-abendländischen Wurzeln bekennt. Für uns beruht die europäische Gemeinschaft auf den unabdingbaren Werten von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozialer Marktwirtschaft. Werte, die uns als CDU in Niedersachsen wichtig sind. Werte, die wir verteidigen werden.

Die europäische Einigung war es, die Europa zu einem Kontinent des Friedens gemacht hat. Wir wissen, dass es für uns nur eine Strategie geben kann: die des Friedens und der Verständigung, gerade vor dem Hintergrund der weltpolitischen Lage und des Brexits.

Europa ist nur gemeinsam stark. Ein vereintes Europa ist die einzig richtige Antwort auf die Fehler des 20. Jahrhunderts. Ein einiges Europa ist die einzig richtige Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Wir wollen miteinander und nicht gegeneinander handeln in Europa.

Der europäische Binnenmarkt und der Euro als unsere gemeinsame Währung sind Garanten dafür und schaffen Millionen gut bezahlter Arbeitsplätze. Sie machen unser Land international wettbewerbsfähig. Deshalb müssen wir heute die Weichen für einen starken und zukunftsfähigen Binnenmarkt stellen.

Auch unsere Landwirtschaft, unsere Städte und Gemeinden, unsere Museen, Schulen und Universitäten, viele kleine und mittelständische Unternehmen sowie Arbeitsmarkt- und Sozialprojekte profitieren durch Fördermittel erheblich von Europa. So erhält Niedersachsen von 2014 bis 2020 rund 2,1 Milliarden Euro für vielfältige Projekte aus den europäischen Fördertöpfen.

Bei der diesjährigen Europawahl geht es nicht nur darum, für oder gegen die Europäische Union (EU) zu sein. Diese Wahl ist eine Richtungsentscheidung für die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union.

Es wird darüber entschieden, ob sich Europa in der Zukunft unter wertorientiert handelnder deutscher Beteiligung weiter in die richtige Richtung entwickelt. Dazu gehören eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik, Strukturreformen, sinnvolle Zukunftsinvestitionen, der Ausbau des digitalen Binnenmarktes und des „Erasmus+“-Programms, eine gemeinsame Migrations- und Sicherheitspolitik und die Weiterentwicklung der Verteidigungsunion.

Die Europäische Union ist dort erfolgreich, wo sie den Bürgern einen klaren Mehrwert bringt. Unsere Europäische Union muss eine wertebasierte Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger sein. Nur ein starkes, ein einiges, ein modernes und ein wettbewerbsfähiges Europa, das sich an Werten orientiert, kann die Antwort auf die heutigen Herausforderungen geben. Dazu wollen wir als CDU in Niedersachsen unseren aktiven Beitrag leisten.

Wir wollen ein gutes Wahlergebnis für die CDU in Niedersachsen erzielen, damit die Europäische Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament erneut die stärkste Fraktion wird, unser europaweiter Spitzenkandidat Manfred Weber zum nächsten Kommissionspräsidenten gewählt wird und Europa sich in unserem Sinne positiv weiterentwickelt.

Unterstützen Sie uns auf unseren Weg. Gehen Sie am 26. Mai 2019 zur Europawahl und geben Sie Ihre Stimme der CDU: Für Niedersachsens Zukunft in einem modernen, demokratischen Europa.

Dr. Bernd Althusmann MdL
Landesvorsitzender

Kai Seefried MdL
Generalsekretär

David McAllister MdEP
Spitzenkandidat

Starke Kommunen = starkes Niedersachsen = starkes Europa

Die CDU in Niedersachsen ist die Europapartei und zugleich die Kommunalpartei in unserem Bundesland – diese Verbindung macht uns aus. Wir verbinden die großen europäischen Fragen mit der Zukunft unserer Kommunen. Wir betrachten Europa, Deutschland, Niedersachsen und unsere Städte, Landkreise und Gemeinden zusammen und nicht getrennt voneinander. Keine andere Partei in Niedersachsen ist in der Fläche so verwurzelt und kann die Anliegen der Niedersachsen so gut nach Brüssel und Straßburg transportieren wie wir.

Über 60 Prozent der verabschiedeten EU-Richtlinien und Verordnungen sind für die kommunale Ebene bedeutsam. Das zeigt uns, wie wichtig eine starke politische Stimme der Kommunen in Brüssel und Straßburg ist, und macht deutlich, warum die CDU mit einem starken Ergebnis aus dieser Europawahl hervorgehen sollte.

Wir wollen ein bürgernahes und kommunalfreundliches Europa. Unsere Kommunen sollen auch in Zukunft ihren Bürgern eine lebenswerte Heimat sein. Deshalb verschaffen wir dem Subsidiaritätsprinzip auf allen Ebenen Geltung. Wir werden uns auch in Zukunft für die Belange unserer Kommunen einsetzen und ihre Eigenverantwortung stärken. Deshalb fordern wir nachdrücklich, die Gesetzgebung der Europäischen Gemeinschaft umzusetzen, ohne sie mit weiteren nationalen Verschärfungen zu überfrachten.

Starke Kommunen bedeuten ein starkes Niedersachsen und ein starkes Niedersachsen bedeutet ein starkes Europa.

Die Vielfältigkeit unserer Kommunen und auch die damit verbundenen Herausforderungen sehen wir dabei als Stärke an. Die kommunale Selbstverwaltung ist für uns unantastbar. Wir wollen die Kommunen gezielt fördern, Anreize schaffen und nicht von oben herab in kommunale Angelegenheiten eingreifen. Eine gute und zukunftsweisende regionale EU-Förderpolitik, überschaubare und nachvollziehbare Regelungen sowie transparente Abläufe sind uns hierbei schon lange und auch weiterhin wichtig.

Strukturförderung verlässlich gestalten

Der Strukturförderung kommt hierbei eine zentrale Rolle zu. Sie festigt den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, steigert Wachstum und Beschäftigung und unterstützt die soziale Integration. Hierbei wollen wir neben dem ländlichen Raum auch strukturschwache Städte gezielt unterstützen. Diese Fördermaßnahmen machen Europa im Kleinen und im Großen stark. Sie helfen den Regionen, mit den vielfältigen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts umzugehen, ob demographischer Wandel, Strukturwandel in der Landwirtschaft, der steigende Flächenverbrauch oder der Klimawandel und seine regional ganz spezifischen Auswirkungen, wie wir sie im Jahrhundertsommer 2018 erlebt haben. Unsere Städte, Landkreise und Gemeinden benötigen bei diesen Herausforderungen weiterhin Unterstützung.

Die CDU in Niedersachsen unterstützt die Vorschläge der Europäischen Kommission, die Strukturförderung einfacher und flexibler zu gestalten, um signifikante Erleichterungen für die Begünstigten zu schaffen.

Den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der insbesondere Innovationen, Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen fördert, gilt es weiter auszubauen. Neben Einzelbetrieben profitieren auch Hochschulen und Unternehmen in der Forschung und Entwicklung sowie Verkehrs-, Stadtentwicklungs- und Energiemanagementprojekte von der europäischen Förderung. So werden aus EFRE-Mitteln in Niedersachsen beispielsweise die Reduktion von Treibhausgasemissionen aus Moorböden sowie die klimaschonende Bewirtschaftung und wirtschaftlich tragfähige Moorbodennutzung gefördert. Weitere positive Beispiele sind die finanzielle Unterstützung von Projekten zur Aufwertung der Kulturlandschaft und des Naturerbes sowie Maßnahmen zum naturschutzgerechten Wirtschaften und zur Sicherung der biologischen Vielfalt.

Der Europäische Sozialfonds (ESF) unterstützt die berufliche Aus- und Weiterbildung. In Niedersachsen konnten seit 2014 insgesamt 9000 Projekte gefördert werden. Unser Ziel bleibt, eine breite Förderung über das ganze Land zu verwirklichen. Als CDU in Niedersachsen werden wir uns mit unseren Abgeordneten im Europäischen Parlament für eine verlässliche Förderpolitik einsetzen, an der Seite unserer niedersächsischen Kommunen.

Unsere Forderungen - kurz und knapp

- **Wir fordern, dass Niedersachsen auch in Zukunft einen festen Platz in der europäischen Strukturförderung behält und europäische Strukturpolitik in der Fläche sichtbar bleibt.**
- **Wir stehen für die Wahrung des Subsidiaritätsgrundsatzes und für die kommunale Selbstverwaltung.**
- **Wir machen uns stark für eine Vereinfachung der Strukturförderung**

Ein Europa der sozialen Sicherheit – durch Bildung, Forschung, Innovation und Arbeit

Der europäische Binnenmarkt ist der wichtigste Absatzmarkt für niedersächsische Unternehmen. Mehr als 90 Prozent der exportierenden Unternehmen sind EU-weit engagiert. In der Eurozone sind die Niederlande und Frankreich die wichtigsten Partner für niedersächsische Unternehmen.

Als CDU in Niedersachsen wollen wir diesen Prozess unterstützen und ausbauen. Komplizierte Vorschriften, unterschiedliche Rechtssysteme und unnötige Bürokratie stören dabei die Wirtschaftsflüsse und den Wissens- und Technologietransfer in Europa – hier muss die Europäische Union besser werden. Forschung und Innovationen sind wesentliche Standortfaktoren. Investitionen, die wir heute in diesem Bereich tätigen, sichern unsere Arbeitsplätze und unseren Wohlstand von morgen.

Bildung, Forschung, Innovation und Arbeit – diese Komponenten bedeuten für uns soziale Sicherheit in Europa und in Niedersachsen.

Unsere Kultur ist wertvoll – menschliche Errungenschaften bewahren

Es ist wichtig zu wissen, woher man kommt. Sowohl die eigene Identität als auch Wertorientierung sind historisch gewachsen, als Region, Land und Kontinent. Im Rahmen der weiteren Verstärkung des europäischen Gemeinschaftsgefühls setzen wir uns für den Erhalt der historischen Errungenschaften Europas ein.

Unter anderem in Kunstwerken und Architektur übermitteln die Menschen seit jeher ihre Identitäts- und Wertevorstellungen. Daher gilt es, die in der Vergangenheit geschaffenen Kunstwerke zu erhalten. Darüber hinaus muss für die Erforschung und Vermittlung von dokumentierten technischen Leistungen und deren kulturelle Bedeutung auch zukünftig Sorge getragen werden. Hierfür wollen wir uns mit dem Erhalt von Museen und Dokumentationszentren zur Umsetzung ihres Auftrages, der Erhaltung und Veranschaulichung unserer kulturellen Traditionen, einsetzen.

Unsere Forderungen – kurz und knapp

- **Wir fordern, die Förderung der Museen und Dokumentationszentren auszuweiten**
- **Wir stehen für das Wachhalten des Wissens um unsere gemeinsame europäische Kulturtradition**
- **Wir machen uns stark für den Ausbau des europäischen Gemeinschaftsgefühls**

Europas Jugend ist Europas Zukunft

Die Jugendarbeitslosigkeit in der EU liegt aktuell bei 14,8 Prozent und damit auf dem niedrigsten Stand seit der Jahrtausendwende. Während sich die Situation in Deutschland mit 4,1 Prozent sehr positiv darstellt, haben andere Mitgliedstaaten in dieser Frage große Probleme – insbesondere die südlichen Länder. Wir begrüßen daher die Vorschläge für eine EU-Jugendstrategie 2019-2027. Gerne geben wir unsere Erfahrungen mit der dualen Berufsausbildung an unsere europäischen Partner weiter und wollen mit unserem Erfolgsmodell aus Deutschland andere Mitgliedstaaten unterstützen.

Unser Ziel sind Reformen, um die Jugendarbeitslosigkeit und die Altersarmut überall auf das Niveau der Besten zu bringen. – Europa ist nur gemeinsam stark.

Wir sind uns sicher: Ein europäisch angeglichenes Bildungssystem unterstützt das Grundprinzip der Freizügigkeit im europäischen Binnenmarkt und damit auch den Wissens- und Technologietransfer innerhalb der Europäischen Union als entscheidenden Vorteil im weltweiten Wettbewerb. Dieser Prozess muss ganzheitlich angelegt sein. Er beginnt für uns bereits frühzeitig in der Schullaufbahn und entwickelt sich hin zum lebenslangen Lernen als Herausforderung für gute Arbeitsmarktchancen und zur Verhinderung von Altersarmut.

Darum werben wir seit Jahren für eine Belebung des Europatages an allen Schulen in Niedersachsen. Wir wünschen uns ein breites europapolitisches Angebot und die Förderung der europäischen Sprachen in unseren Bildungseinrichtungen – insbesondere im Ganztagsbereich. Wir sehen große Chancen darin, neue Modelle zum Schüler-, Praktikanten-, Auszubildenden- und Studentenaustausch zu etablieren, europäische Förder- und Austauschprogramme neu aufzulegen und laufende, wie „Erasmus+“ weiterzuentwickeln. Die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament hat sich in diesem Zusammenhang nachdrücklich dafür eingesetzt, dass bis 2020 insgesamt 100 Millionen Euro zusätzlich für „Erasmus+“ zur Verfügung stehen. So werden vier Millionen junge Europäer von dem Programm profitieren können. Allein bei uns in Niedersachsen können jährlich rund 3.000 Studenten dank „Erasmus+“ im Ausland studieren. Damit verbessern wir auch die Sprach- und Kulturvermittlung in der Europäischen Union.

Unser Ziel ist es, die Bildungsmobilität von und nach Niedersachsen zu erhöhen sowie den Jugendaustausch mit den EU-Mitgliedstaaten weiter auszubauen. Die digitale Vernetzung europäischer

Partnerschulen kann hier einen positiven Beitrag leisten und ein gemeinsames Lernen über Ländergrenzen hinweg ermöglichen. Wir finden: Die daraus hervorgehenden Chancen dürfen nicht ungenutzt bleiben – sie stehen für Völkerverständigung, Wissenstransfer und große ökonomische Entwicklungspotenziale innerhalb des europäischen Binnenmarktes. Das bedeutet soziale Sicherheit für die Menschen in Europa und verhindert langfristig Altersarmut.

Mit einer höheren Bildungsmobilität nach Niedersachsen können wir die allgemeine und berufliche Bildung der jungen Menschen aus anderen EU-Mitgliedstaaten verbessern und zugleich einen Beitrag leisten, den steigenden Fachkräftebedarf unserer Unternehmen zu decken. Die Europäische Union muss hier effizienter werden.

Wir fordern einen europaweiten Standard zur Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen, wie wir sie auch bei der akademischen Ausbildung im Rahmen des Bologna-Prozesses vorgebracht haben. Wichtig ist uns: Die vorbildliche duale Ausbildung und der Meisterbrief müssen dabei ihren Stellenwert auf dem deutschen Arbeitsmarkt behalten und gestärkt werden. Die gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen muss auf einem hohen Niveau erfolgen und darf weder auf Kosten der dualen Ausbildung noch der Verbraucher gehen.

Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen wollen wir durch eine intensive Vernetzung im Rahmen der Initiative „Netzwerke Europäischer Hochschulen“ steigern. Ein musterhaftes Beispiel ist die European Medical School, ein länderübergreifendes Kooperationsprojekt der Universitäten Groningen und Oldenburg zur gemeinsamen Medizinerbildung.

Europäische Forschungs- und Lehrkooperationen im Zuge von verschiedenen Internationalisierungsstrategien an unseren Hochschulen gilt es voranzutreiben und zu fördern.

Freien Handel stärken, Arbeitsplätze sichern

Europa kann mehr! Unser Europa soll sich nicht in kleinen Fragestellungen verstricken, sondern muss grundsätzliche politische Linien vorgeben. Wir wollen unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen entlasten. Sie bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft. Eine konsequente Umsetzung des Grundsatzes „Qualität statt Quantität“ bedeutet eine Entlastung für unsere Unternehmen, eine Stärkung kommunaler Haushalte und die Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort. Damit schaffen wir das Fundament für Wohlstand und soziale Sicherheit.

Hier haben wir bereits Erfolge zu verzeichnen: In fast allen EU-Staaten ist die Beschäftigungsrate gestiegen. Die Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union ist mit 7,3 Prozent auf dem niedrigsten Stand seit dem Jahr 2009. Nahezu zwölf Millionen zusätzliche Arbeitsplätze sind seit 2014 in der Europäischen Union geschaffen worden. Das ist Wertschöpfung bei uns vor der Haustür – in Europa für Europa, in den Kommunen für die Kommunen.

Unsere exportorientierten großen Unternehmen profitieren von der Europäischen Union. Unsere leistungsfähige Industrie hat uns über manche Krise hinweggeführt. Wir wollen, dass Europa weiterhin politisch die Rahmenbedingungen schafft, dass unsere Industrie im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig ist. Unrealistische Vorgaben in einzelnen Bereichen entsprechen nicht unseren Vorstellungen von guten Rahmenbedingungen in einer globalen Wirtschaft. In kapitalintensiven Zukunftsbranchen mit hohem Innovationsdruck, wie Biochemie, Mobilität, digitale Infrastruktur und künstliche Intelligenz verhindern unzeitgemäße Regulierungen einen Wettbewerb auf Augenhöhe

mit China und den USA. Wir wollen uns für eine Weiterentwicklung des europäischen Wettbewerbs- und Kartellrechts einsetzen, damit Synergien erzielt und die Marktführerschaft europäischer Unternehmen erhalten, bzw. ermöglicht wird.

Wir sagen ausdrücklich „Ja!“ zur Freizügigkeit in Europa. Sie ist eine der Grundfreiheiten unseres gemeinsamen Binnenmarktes und damit Grundlage für unseren Wohlstand – über Grenzen hinweg. Dem Missbrauch von Werk- und Zeitarbeitsverträgen, Scheinselbstständigkeiten sowie Schwarzarbeit gilt es konsequent zu begegnen, um die Freizügigkeit in Europa zu sichern. Niedersachsen soll auch in Zukunft ein wirtschaftlich vielfältiges Land bleiben. Auch Schlüsselindustrien wie die Mikroelektronik, die Luft- und Raumfahrt oder die maritime Wirtschaft, die Niedersachsen für die Zukunft starkmachen, wollen wir fördern.

Klare Spielregeln, der Abbau von Subventionen, die Stärkung des Wirtschaftsstandortes und Wettbewerbsverzerrungen sowie ein freier und fairer Handel – dafür werben wir.

Mit ihren Handelsabkommen trägt die EU zur Gestaltung eines fairen, auf Werten und Grundsätzen basierenden globalen Handels bei. Diese Abkommen sollen verstärkt genutzt werden, um unserer Wirtschaft den wichtigen Zugriff auf knappe Rohstoffe zu sichern. Ausgewogene, fortschrittliche und faire Handelsabkommen mit gleichgesinnten Partnern schaffen neue Chancen für die Bürgerinnen und Bürger und für die Unternehmen in Niedersachsen. So werden die Abkommen, die die EU mit Kanada und Japan geschlossen hat, den Unternehmen in der EU Zolleinsparungen in Höhe von jährlich 590 Millionen bzw. einer Milliarde Euro bringen.

Wir wollen den freien und fairen Handel im Interesse der niedersächsischen Wirtschaft stärken und weitere Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten, Australien und Neuseeland abschließen. Weiterhin halten wir an dem Ziel eines Handelsabkommens mit den USA fest. Protektionismus, Zölle und Abschottung bremsen unsere wirtschaftliche Wertschöpfung aus. Durch neue Handelsabkommen und eine bessere Innovationspolitik können mindestens fünf Millionen neue Arbeitsplätze entstehen. Davon profitieren die Menschen in Europa und in Niedersachsen.

Der Brexit ist ein historischer Fehler. Wir fordern im Interesse unserer heimischen Wirtschaft eine schnelle Lösung für die zukünftige Zusammenarbeit. Die weltweit meisten Kraftfahrzeuge werden in der EU gebaut. Die Automobilindustrie wird auch zukünftig eine wichtige Rolle in Europa, Deutschland und insbesondere in Niedersachsen spielen. Das Land und Volkswagen sind eng miteinander verbunden, viele Familien in Niedersachsen leben von VW.

Um dies zu bewahren, unterstützen wir zukunftsorientierte, leistungsfähige und umweltbewusste Innovationen von VW. Das VW-Gesetz gibt uns allen die notwendige Sicherheit. Der Verbrennungsmotor wird auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Technologieneutralität und Anreizmechanismen sind der richtige Weg, um die Herausforderungen wie CO₂-Reduktion und Luftqualität erfolgreich zu meistern und gleichzeitig Arbeitsplätze zu sichern.

Die CDU in Niedersachsen steht zum VW-Gesetz und zur Landesbeteiligung an der Volkswagen AG. Auf uns ist Verlass.

Der Euro: Ein wertvoller Stabilitäts- und Wirtschaftsfaktor

Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist noch nicht überwunden und auch der Brexit sorgt für Unsicherheit. Deswegen setzen wir uns als CDU in Niedersachsen konsequent für mehr Wachstum und Beschäftigung im europäischen Binnenmarkt ein und wollen die Wirtschafts- und Währungsunion mit Augenmaß ausbauen und gestalten.

Deutschland hat von der Einführung des Euro in besonderer Weise profitiert. Wir vertrauen auf unsere Gemeinschaftswährung.

Ist es unsere stetige Aufgabe, in der Finanz- und Staatsschuldenkrise verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Hierfür ist ein solides Gerüst der Finanzmarktregulierung erforderlich. Dazu gehört für uns zum Beispiel, den Rettungsschirm (ESM) zu einem Kriseninstrument mit einer Verankerung im europäischen Vertragswerk weiterzuentwickeln und die Bankenunion wirksam und an der Verhältnismäßigkeit orientiert weiterauszugestalten. Die Europäische Zentralbank (EZB) übernimmt hier eine besondere Verantwortung. Die Wirtschaftsunion zu stärken, heißt für uns aber nicht, eine europäische Arbeitslosenversicherung einzuführen oder hohe Summen aus dem Bundeshaushalt in einen EU-Transfertopf einzuzahlen, der unzureichende Reformbemühungen anderswo ausgleichen soll. Das kann nicht die Lösung für ein zukunftsfestes Europa sein. Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist und bleibt vorrangig eine nationale Aufgabe.

Wir wollen einen stabilen Euro. Deshalb lehnen wir die Gemeinschaft von staatlichen Schulden ab. Vielmehr wollen wir, dass der Euro auf internationalem Parkett die Bedeutung erlangt, die ihm zusteht. Der Euro ist ein wertvoller Stabilitäts- und Wirtschaftsfaktor.

Infrastruktur ausbauen – digitale Transformation gestalten

Wir liegen im Herzen Europas und damit an vielen wichtigen Lebensadern unseres Kontinents. Dadurch können die Unternehmen in Niedersachsen die Vorteile des europäischen Binnenmarktes vollumfänglich nutzen. Damit dies auch zukünftig gelingt, sind gut ausgebaute Netze aus Straßen, Schienen, Flug- und Wasserwegen in Niedersachsen essentiell. Nur so werden wir unseren erfolgreichen Weg für mehr Wachstum und Beschäftigung fortsetzen. Dazu gilt es auch, den Kohäsionsfonds neu auszurichten und die Frage nach Solidarität in der Europäischen Union neu anzustoßen.

Die Auszahlung der Fördermittel aus dem Kohäsionsfonds muss in Zukunft in die Umsetzung der Rechtsstaatskriterien im Empfängerland gekoppelt werden. Zuwendungen müssen nach Art und Umfang eines festgestellten rechtstaatlichen Defizits ausgesetzt, verringert oder beschränkt werden. Niedersachsen muss im digitalen Wettbewerb mithalten. Hindernisse im digitalen Binnenmarkt bauen wir ab: Seit Juli 2017 telefonieren, schreiben und surfen EU-Bürger mobil zu den gleichen Konditionen wie zuhause. Und seit Weihnachten 2018 können Verbraucher beliebige Waren oder Dienstleistungen innerhalb der ganzen EU online erwerben – wie im jeweiligen Heimatland.

Der Masterplan Digitalisierung in Niedersachsen, der Digitalpakt der Bundesregierung und EU-Förderprogramme sollen unser Land digital an die Spitze führen. Weiße Flecken und unversorgte Gebiete sollen der Vergangenheit angehören. 5G gehört für uns an jede „Milchkanne“ in Europa, denn jeder Landwirt in Niedersachsen ist heute auf ein gut funktionierendes Netz angewiesen.

Die Digitalisierung muss das zentrale Thema der nächsten Förderperiode sein. Wir wollen den digitalen Binnenmarkt weiter ausbauen und fit machen für die Anforderungen der Zukunft.

Dieser Ausbau bietet große Chancen. Es gilt die digitale Transformation zu gestalten und sich nicht zu verschließen. 415 Milliarden Euro können so jährlich erwirtschaftet werden und hunderttausende neue Arbeitsplätze entstehen.

Chancen sehen wir für eine neue Gründerkultur in Europa: Weniger Bürokratie und mehr Wagniskapital sind hier entscheidende Faktoren. Es muss uns gelingen, die guten Grundvoraussetzungen, unter anderem an unseren Hochschulen, und das vorhandene Know-how besser zu nutzen und im nationalen sowie internationalen Wettbewerb die Märkte auch im Technologiewandel zu behaupten.

Die Innovationsförderung steht bei der Gestaltung der neuen Förderperiode besonders im Fokus. Neben Forschung und Lehre muss der Wissens- und Technologietransfer als dritte Säule an allen Hochschulen und Forschungseinrichtungen verankert werden.

Unser Land, aber auch die Europäische Union insgesamt, muss sich hier im internationalen Vergleich besser aufstellen. Wir fordern deshalb eine „Entrepreneurship-Governance-Strategie“, um die Potenziale der Digitalisierung einer ökonomischen Wertschöpfung für Europa und Niedersachsen zuzuführen. Besondere Bedeutung kommt hier auch den Startup Unternehmen zu.

Für die Zukunft brauchen wir eine angemessene Besteuerung der digitalen Wirtschaft.

Die digitale Transformation zwingt uns dazu, neue Wege zu beschreiten und Antworten auf neue Fragestellungen zu finden – alte Steuersysteme aus der Kaiserzeit gilt es zu überdenken. Die Gesellschaft sollte an dieser Entwicklung teilhaben – dafür müssen Regelungen getroffen werden. Das ist ein Teil unseres Anspruchs an ein soziales Europa.

Auch im Bereich der Cybersicherheit und beim Datenschutz müssen wir nachbessern. Ein europäisch geregelter Datenschutz, der ein einheitliches Datenschutzniveau garantiert, ist geboten. Nicht sinnvoll sind aber unverhältnismäßige Auflagen, die kleine und mittelständische Unternehmen sowie Vereine unnötig belasten. Deswegen wollen wir, dass die Ende Mai in Kraft getretene Datenschutzgrundverordnung auf Basis des Verhältnismäßigkeitsprinzips vollstreckt wird. Wir streben eine Änderung der Kleinunternehmerregelung, auch für Ehrenamtliche an, die die Schwelle zur Befreiung von der Dokumentationspflicht deutlich reduziert.

Unsere Forderungen – kurz und knapp

- **Wir fordern, die Bildungsmobilität von und nach Niedersachsen zu erhöhen und den Jugendaustausch im Rahmen des „Erasmus+“-Programms weiter auszubauen.**
- **Die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen wollen wir durch grenzüberschreitenden Wissens- und Technologietransfer steigern.**
- **Wir stehen für einen starken Euro als wertvollen Stabilitäts- und Wirtschaftsfaktor. Die Vergemeinschaftung von staatlichen Schulden lehnen wir ab.**
- **Wir machen uns stark für ausgewogene, fortschrittliche und faire Freihandelsabkommen mit gleichgesinnten Partnern.**

Ein sicheres Zuhause in guter Nachbarschaft – Zusammenhalt über Grenzen hinweg

Die kulturelle Vielfalt der Europäischen Union bereichert uns und ist unsere Stärke. Verschiedene Länder und Kulturen bringen aber auch ganz unterschiedliche Interessen hervor, die es im politischen Prozess zu berücksichtigen gilt. Die Erweiterung von 15 auf 28 Mitgliedstaaten hat die Gemeinschaft in den vergangenen Jahren vor große Aufgaben gestellt.

Weitere Mitglieder dürfen nur aufgenommen werden, sofern sie die strengen wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Voraussetzungen vollständig erfüllen.

Wir wollen die Europäische Union festigen, die innereuropäische Zusammenarbeit verstetigen und die Demokratie- und Wohlstandsniveaus der Mitgliedstaaten weiter angleichen. Dieser Prozess hat für uns Vorrang vor weiteren Beitritten, die beispielsweise mit den Balkanstaaten geplant sind. Gleichwohl gilt: Beitrittskandidaten sollen in ihrer demokratischen und wirtschaftlichen Entwicklung unterstützt und den Menschen vor Ort langfristige Perspektiven, die mit unseren westlichen Werten vereinbar sind, aufgezeigt werden.

Für die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sehen wir allerdings keine Zukunft. Zielführender ist - beispielsweise in der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik – eine besondere Partnerschaft mit der Türkei.

Wir Niedersachsen bauen die engen Verbindungen mit unseren Nachbarländern weiter aus. Sowohl mit der Zentralregierung der Niederlande als auch mit den nordostniederländischen Provinzen arbeitet Niedersachsen eng zusammen. Es gibt viele Städtepartnerschaften und Kooperationen von Schulen, Universitäten, Verbänden, Institutionen und Kommunen, beispielsweise im Rettungsdienst oder Katastrophenschutz. Von diesem engen Austausch profitieren Menschen und Unternehmen auf beiden Seiten der Grenze.

Die CDU in Niedersachsen setzt sich für eine weitere Stärkung dieser vielfältigen Kooperationen mit den Niederlanden in den Bereichen Wirtschaft, Energie, Verkehr, Tourismus sowie Wissenschaft und Forschung ein. Diese gilt es im Rahmen der Weiterentwicklung der europäischen Kohäsionspolitik zu vertiefen, sodass unter anderem der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt weiter ausgebaut werden kann und Infrastrukturplanungen so eng abgestimmt sind, dass die grenzüberschreitende Verkehrspolitik verbessert wird. Zum Geiste des Vertrages von Aachen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik wollen wir darüber hinaus in besonderer Weise die Beziehungen unseres Bundeslandes zu unserer französischen Partnerregion Normandie vertiefen. Unser Ziel ist ein noch besseres Verständnis füreinander.

Unsere Grenzen – Freiheit und Sicherheit erhalten

Um Freiheit und Sicherheit zu erhalten, erfordert die Abschaffung der Personenkontrollen an den Binnengrenzen gleichzeitig ein gemeinsames Handeln zum Schutz der Außengrenzen sowie die Bekämpfung aller Formen von Kriminalität und illegaler Migration.

Grenzüberschreitende Strafverfolgungs- und Ermittlungsarbeit sowie die Stärkung von Europol und Eurojust begrüßt die CDU in Niedersachsen ausdrücklich. Die im Rahmen des EU-Projekts grenzüberschreitendes Polizeiteam (GPT) erprobten gemeinsamen länderübergreifenden Polizeistreifen im deutsch-niederländischen Grenzraum haben sich bewährt und gilt es auszubauen. Wir setzen uns dafür ein, den europäischen Außengrenzschutz zu stärken, indem Frontex auf 10.000 Beamte aufgestockt wird und sich zu einer Europäischen Grenz- und Küstenwache weiterentwickelt.

Unsere Bürger haben einen Anspruch darauf, dass die Europäische Union und die Mitgliedstaaten sich um ihre Sicherheit kümmern.

Dies gilt insbesondere für Zeiten, in denen die Europäische Union vor großen internationalen Herausforderungen steht: Krisenherde und Konflikte in der Welt wirken sich auf Europa aus, Flüchtlingsströme und Migrationsbewegungen kommen auf die Europäische Union zu, terroristische Anschläge auf unsere Städte und kritische Infrastrukturen sowie Cyberangriffe beunruhigen die Menschen innerhalb und außerhalb Europas.

Als CDU in Niedersachsen begrüßen wir die ständige, strukturierte militärische Zusammenarbeit (PESCO), eine gemeinsame Verteidigungsforschung und die Gründung einer Europäischen Armee im Rahmen einer Verteidigungsunion. Durch dieses Kooperationsprojekt, an dem 25 Mitgliedstaaten teilnehmen, wird die Sicherheit und Verteidigung der europäischen Bürger nicht nur günstiger, sondern auch effektiver. Hierbei bemühen wir uns auch weiter um die transatlantische Zusammenarbeit mit den USA und Kanada, die für Europa unverzichtbar ist.

Europa als einzigartiges Friedensprojekt wird durch diese Zusammenarbeit gestärkt und kann seiner Verantwortung bei uns in Europa und in der Welt militärisch und humanitär besser gerecht werden.

Migrationspolitik – Herausforderung für die EU

CDU und CSU haben sich im Europäischen Parlament gemeinsam für europäische Lösungen in der Migrations- und Flüchtlingspolitik eingesetzt, um Zuwanderung zu reduzieren, aber gleichzeitig solidarisch mit den Schutzbedürftigen zu sein. Dank des EU-Türkei-Abkommens konnte die Migration besser gesteuert werden. So konnte vielen Flüchtlingen das Leben gerettet werden, weil sie sich nicht mehr in Gefahr begeben mussten.

Gegen illegale Einwanderung gehen wir konsequent vor. Schleppern und Schleusern muss das Handwerk gelegt werden – durch kluge Mechanismen, die die Flüchtlingsströme steuern. Dafür setzen wir uns auf europäischer Ebene ein. Wir stehen zum Recht auf Asyl und begegnen Schutzsuchenden mit Herzlichkeit, Offenheit, Integrationswillen und voller Solidarität.

Und dieser Weg gibt uns recht: Heute gibt es 97 Prozent weniger Migranten und Flüchtling im östlichen Mittelmeer und 80 Prozent weniger entlang der zentralen Mittelmeerroute im Vergleich zum Jahr 2015. Wir wollen eine ausgewogene Migrationsreform sowie eine europäische Lösung zur Rückführung derer, denen kein Asyl gewährt werden kann. Zudem ist es unsere Aufgabe, die Menschen, die bei uns Schutz bekommen, zu integrieren oder für die Herausforderungen in ihren Ländern, in die viele zurückkehren wollen, vorzubereiten. Natürlich muss von den Flüchtlingen, die in Deutschland bleiben möchten, die Verbindlichkeit unseres Grundgesetzes eingefordert werden. Vor allem aber ist es wichtig, den jungen Menschen in ihren Heimatländern Zukunftsperspektiven aufzuzeigen. In diesem Sinne wollen wir uns für eine Europäisierung des Marshallplans mit Afrika einsetzen.

In der Europäischen Union selbst müssen wir geregelte Verfahren zur solidarischen Lastenteilung finden. Nur so können wir den Herausforderungen kraftvoll und geeint als Europäische Union begegnen.

Unsere Forderungen – kurz und knapp

- **Wir fordern, den europäischen Außengrenzschutz zu stärken und Frontex als Europäische Grenz- und Küstenwache auf 10.000 Beamte aufzustocken.**
- **Wir stehen für die Wahrung des Rechts auf Asyl und begeben Schutzsuchenden mit Solidarität – gegen illegale Einwanderung gehen wir aber konsequent vor.**
- **Wir setzen uns für eine verstärkte Zusammenarbeit in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein.**

Umwelt schützen – Schöpfung bewahren

Der erste Umweltminister der Bundesrepublik war ein gebürtiger Niedersachse und ein christlicher Demokrat: Walter Wallmann aus Uelzen. Schon damals beschäftigte er sich mit der Einführung schadstoffarmer Autos. Dieses Thema bestimmt auch heute wieder die öffentliche Debatte. Wir müssen uns die Frage stellen, wie wir in Niedersachsen, in Europa, aber auch auf dem gesamten Globus mit unserer Umwelt und den Auswirkungen des Klimawandels umgehen können. Als CDU haben wir den Anspruch, nicht rückwärtsgewandt zu denken – wir wollen die Herausforderungen annehmen.

Die Bewahrung der Schöpfung bedeutet für uns, aktiv zu werden, um unsere Umwelt im Bewusstsein der bereits stattfindenden Veränderungen zu schützen.

Umweltfreundliche Mobilität – saubere Städte

Die Mehrheit der Bürger wünscht sich eine umweltfreundliche Mobilität für eine verbesserte Lebensqualität in den Städten. Aufgabe der Politik muss es sein, dass sowohl der Individualverkehr als auch der öffentliche Nah- und Fernverkehr für die Menschen bezahlbar bleiben. Mensch und Umwelt sollen darüber hinaus vom Verkehr weniger belastet werden.

Die Mobilität von Menschen und Waren im Binnenmarkt ist Grundvoraussetzung für unseren Wohlstand. Diesen wollen wir sichern, ohne Kompromisse bei unserer Gesundheit zu machen. Unser Ziel ist eine nachhaltige Verkehrspolitik, die saubere Luft und individuelle Mobilität in den Städten ermöglicht. Es gilt, Grenzwerte baldmöglichst einzuhalten und alle Maßnahmen zur Reduzierung von Stickoxiden auszuschöpfen, ohne dass es zu Fahrverboten kommt.

Die Digitalisierung, alternative Antriebe und Kraftstoffe sowie neue Mobilitätskonzepte werden den Verkehr der Zukunft bestimmen. Als forschungsintensivste Region in ganz Europa setzt Braunschweig in den Forschungsbereichen Mobilität, Verkehr und Energie internationale Maßstäbe. Es gilt vor diesem Hintergrund, zukunftsfähige Konzepte und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Mobilität und Klimaschutz dürfen dabei nicht als Gegensätze verstanden werden.

Landwirtschaft und Verbraucherschutz – miteinander statt gegeneinander

Die vielen landwirtschaftlichen Betriebe in Niedersachsen produzieren tagtäglich qualitativ hochwertige und gesunde Lebensmittel zu bezahlbaren Preisen. Unsere Land- und Ernährungswirtschaft ist vielfältig und wettbewerbsfähig. Deshalb wollen wir verlässliche Rahmenbedingungen für unsere Landwirte garantieren – unabhängig davon, ob es sich um konventionelle Landwirtschaft oder Bio-Betriebe handelt. Wichtig sind uns unter anderem effiziente und umweltschonende Lieferketten, die unsere hohen Standards erfüllen. Dabei gilt es, sowohl den Tiertransport als auch den CO2-

Fußabdruck einer gesamten Produktionskette zu berücksichtigen. Wir sind der Meinung: Es geht nur Hand in Hand – wettbewerbsfähige Landwirtschaft und verantwortungsbewusster Verbraucherschutz gehören zusammen. Uns als CDU ist es wichtig, Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutz nicht als Gegensätze zu begreifen.

Versöhnen statt spalten – Unser Verständnis von einer modernen und zukunftsorientierten Agrarpolitik.

Wir setzen auf positive Anreize für unsere Landwirtschaft, eine weitere Forschungsförderung und eine EU-einheitliche Weiterentwicklung der Standards. Hier gilt es, in allen Mitgliedstaaten konsequent vorzugehen. Nur so können wir den Tierschutz vorantreiben und effektive Strategien zur Bekämpfung von Tierseuchen und zur Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes entwickeln.

Tierschutz und wettbewerbsfähige Produktion müssen zusammengedacht und nicht auseinanderdividiert werden. Das gilt es auch bei Handelsabkommen der Europäischen Union zu berücksichtigen.

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union bildet die Grundlage für eine gemeinsame Marktordnung und die Entwicklung der ländlichen Räume. Landwirtschaft und ländlicher Raum können sich auf dieser Basis gut entwickeln.

Zahlungen aus Brüssel müssen schnell und zielgerichtet bei unseren Landwirten ankommen – insbesondere in Krisenzeiten.

Wichtig sind uns als CDU in Niedersachsen nachhaltige Anbauverfahren, die wir mit Blick auf ökologische Vorrangflächen weiter fördern werden. Auf sogenannten Greening-Flächen muss eine landwirtschaftliche Produktion möglich bleiben – eine kalte Enteignung ist keine Lösung. Uns liegen auch hier Anreize näher als Verbote. Erfolgreiche Arbeit für den Naturschutz soll belohnt werden. Dieses Prinzip nennen wir „Fördern und Fordern“. So stehen wir an der Seite unserer Landwirtschaft, die sich in einem internationalen Wettbewerb befindet, und fördern zugleich den Schutz von Klima und Natur, der Biodiversität und unserer Gewässer.

Die europäische Wolfspopulation befindet sich in einem guten Erholungszustand und wächst hierzulande im 30 % pro Jahr. Die Wolfsübergriffe auf Nutztiere haben deutlich zugenommen. Daher fordern wir als CDU in Niedersachsen, alle rechtlichen Möglichkeiten zur Regulierung des Wolfsbestandes auszuschöpfen, die das europäische Artenschutzrecht bereithält. Das Artenschutzrecht wie auch weitere Rechtsakte im Umwelt- und Naturschutzrecht (FFH, Vogelschutz-RL) sind reformbedürftig. Wir setzen und für regelmäßige Reformen ein.

Unser Ziel ist der Schutz unserer Kulturlandschaft in Niedersachsen und eine flächendeckende Bewirtschaftung von Agrarflächen auch dort, wo dies schwierig ist, zum Beispiel in Grünlandgebieten mit Wiesen und Weiden. Die Betriebe dort sind für lokale Kreisläufe und die ländliche Infrastruktur wichtig. Unseren Landwirten in benachteiligten Gebieten werden wir weiterhin unter die Arme greifen und regionale Kreisläufe und Wertschöpfung fördern – das ist gut für unsere Landwirte, aber auch für unsere Umwelt. So schützen wir auch die Produktion regionaler Erzeugnisse, die unsere niedersächsische Identität in Europa unterstreichen und unsere Verwurzelung in den Landesteilen zeigen.

Wir werden auch weiterhin für den EU-weiten Schutz regionaler Ursprungsbezeichnung von Nahrungsmitteln, wie „Diepholzer Moorschnucken“, „Ammerländer Schinken“, „Eichsfelder Stracke“ oder „Lüneburger Heidekartoffeln“, eintreten.

Verbraucherschutz ist die Grundlage einer soliden Landwirtschaftspolitik. Neben regionalen Ursprungsbezeichnungen, die wir erhalten wissen wollen, setzen wir uns für einfache und unbürokratische Lebensmittelkennzeichnungen ein. Kunden erhalten so einfach und transparent ganz wesentliche Informationen, die das Vertrauen der Verbraucher in den Binnenmarkt stärken und den Export qualitativ hochwertiger Lebensmittel aus Niedersachsen in die EU-Mitgliedstaaten fördern. Davon profitieren gerade unsere kleinen regionalen Lebensmittelbetriebe.

Den Gewässer- und Meeresschutz gilt es im Rahmen der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie zu stärken. Hier nehmen wir zum einen die Überfischung der Meere ganz unmittelbar vor unserer Nordseeküste in den Blick und gehen dagegen vor. Zugleich stehen wir an der Seite unserer Fischereibetriebe und stärken diesen den Rücken. Die Auflagen, Kontrollen und Sanktionen für Fischereibetriebe aller Anrainer von Nord- und Ostsee müssen vergleichbar sein. Die maritime Produktsicherheit und Qualität muss gesichert sein und die Gesamtfangmenge in der Nordsee jährlich überprüft werden. Die Fischereibetriebe an der Küste dürfen nicht durch zusätzliche Restriktionen benachteiligt werden – die Bedingungen müssen für alle gleichwertig sein. Rund die Hälfte der Fangmengen der deutschen Fischerei werden aus Fängen in der britischen Wirtschaftszone erwirtschaftet. Auch nach einem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU gilt es daher, gegenseitigen Zugang zu den Fischfanggebieten zu gewähren sowie eine gerechte und nachhaltige Quotenverteilung sicherzustellen.

Wir setzen uns für eine integrierte europäische Meerespolitik ein, die die Förderung der Schifffahrt mit Umweltschutz und einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Meere verbindet.

Klima, Energiewende und Versorgungssicherheit

Eine nachhaltige Energiepolitik ist für die CDU in Niedersachsen mit einer verantwortungsbewussten Klimapolitik verbunden. Auch die nachfolgenden Generationen haben den Anspruch auf eine gesunde Umwelt – dafür müssen wir heute mehr als je zuvor die Weichen stellen.

Wirksamer Klimaschutz funktioniert aber nicht, wenn wir ihn nur in Niedersachsen vorantreiben. Wir brauchen eine enge europäische und weltweite Zusammenarbeit – auch, um vergleichbare Standards bei der Preisentwicklung, im Umweltschutz und der Versorgungssicherheit zu erreichen und hochwertige Arbeitsplätze in der Branche zu erhalten. Das bisher beschlossene Ziel der Europäischen Union, bis zum Jahr 2020 insgesamt 20 Prozent des bisherigen Energieverbrauchs einzusparen, ist ein ehrgeiziges Ziel. Um das zu erreichen, wollen wir, dass die europäische Strategie für Energieeffizienz, die den Energieverbrauchern wirksame Anreize bietet, ihren Verbrauch zu reduzieren, weiter vorangetrieben und ausgebaut wird. 20 Prozent der Mittel aus dem EFRE-Strukturförderfonds sollen weiterhin für den Ausbau der erneuerbaren Energien und zur Förderung der Energieeffizienz verwendet werden. Davon profitieren vor allem kleine und mittelständische Unternehmen – auch in Niedersachsen.

Im Rahmen der Energiewende spricht sich die CDU in Niedersachsen für einen gesunden Energiemix aus. Wir wollen unsere niedersächsischen Stärken gezielt nutzen und im Sinne des Klimaschutzes einsetzen. Diese Bestrebungen gelten für alle Arten der CO₂-neutralen Energieerzeugung.

Wir unterstützen die europäische Energieunion. Sie gewährleistet eine sichere, erschwingliche und klimafreundliche Energieversorgung in Europa. Energie klüger zu nutzen und den Klimawandel zu bekämpfen ist nicht nur eine Investition in die Zukunft, sondern schafft auch Arbeitsplätze und Wachstum.

Wir stärken die Forschung und Entwicklung im Energiesektor, insbesondere in den Bereichen Energiespeicherung und intelligente Steuerungssysteme. Niedersächsische Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben hier bereits in der Vergangenheit bewiesen, dass in unserem Land exzellentes Know-how vorhanden ist. Hierbei denken wir besonders auch an die äußerst günstigen Bedingungen Niedersachsens für die LNG-Anlandung und Energiespeicherung. Dies wollen wir gezielt einbringen, europaweit vernetzen und ausbauen.

Niedersachsen soll bis zum Jahr 2020 insgesamt 18 Prozent seines Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien beziehen. Um den Energieverbrauch zu reduzieren und die Energieeffizienz zu steigern, müssen Mittel in die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude investiert werden. Diesen Weg unterstützt die CDU in Niedersachsen seit vielen Jahren. Für die Sanierung von Schulen, Kindertagesstätten oder Verwaltungsgebäuden sollen weiterhin ausreichend Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Verfügung stehen.

Energie ist ein wichtiges Gut in Europa. Wir sagen: Niedersachsen soll das Land der Zukunftsenergien werden.

Mit dieser Entwicklung hängt auch die Frage nach einer sicheren Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen für die Endverbraucher zusammen. Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Lebensqualität sind eng mit dieser Frage verknüpft. Die CDU in Niedersachsen setzt sich deshalb für eine umweltfreundliche, klimaverträgliche, sichere und bezahlbare Energieversorgung ein. Dieser Spagat ist nicht leicht – aber für unsere Zukunft enorm wichtig.

Unsere Forderungen – kurz und knapp

- **Wir fordern eine nachhaltige Energiepolitik, in der Mobilität und Klimaschutz nicht als Gegensätze verstanden werden.**
- **Wir stehen für verlässliche Rahmenbedingungen für unsere Landwirte.**
- **Wir machen uns stark für eine umweltfreundliche, klimaverträgliche, sichere und bezahlbare Energieversorgung.**

Beschlossen durch den Landesausschuss der CDU in Niedersachsen am 2. April 2019 in Hannover